

Stellungnahme zur SPD-Forderung nach dem „Nordischen Modell“

Ein Sexkaufverbot in Deutschland würde die Diskriminierung von tausenden Menschen in der Sexarbeit massiv verschärfen und insbesondere Migrant*innen schaden

14. Juni 2019.

Wie die taz vor wenigen Tagen in dem Artikel „SPD-Frauen wollen Sexkaufverbot“ offenlegte, findet derzeit scheinbar ein Paradigmenwechsel bei den Sozialdemokratinnen statt: Während ein SPD-Beschluss aus 2014 noch auf die Gefahren des Nordischen Modells für Sexarbeitende hinwies, spricht sich AsF-Bundesvorsitzende Maria Noichl mittlerweile öffentlich für ein Sexkaufverbot und Freierbestrafung in Deutschland aus. Als Berufsverband für ehemalige und aktive Sexarbeiter*innen lehnen wir jegliche Verschärfung der bereits durch das sogenannte „Prostituiertenschutzgesetz“ vorhandenen Kriminalisierung von Sexarbeiter*innen entschieden ab.

Noichl ist nicht die einzige prominente Sozialdemokratin, die sich gegen die Sexarbeit stark macht. Auch Leni Breymaier – Bundestagsabgeordnete der SPD, Beiratsmitglied der Evangelischen Akademie und Vorstandsmitglied des prostitutionsfeindlichen Verbands SISTERS e.V. – setzt sich massiv für die Einführung der Freierbestrafung in Deutschland ein. Das Nordische Modell wird von angeblichen „Feminist*innen“ bereits seit Jahren und europaweit als Methode zur Verhinderung von sexueller Gewalt und Menschenhandel angepriesen – zu den lautesten Stimmen in Deutschland zählen neben dem bereits erwähnten SISTERS e.V. unter anderem Vereine wie SOLWODI, TERRE DES FEMMES, das Magazin EMMA und Initiativen wie „Stop Sexkauf!“ und „Rotlicht Aus“.

Es gibt keine Belege für eine verbesserte Strafverfolgung von Menschenhandel und Gewalt innerhalb oder außerhalb der Sexarbeitsbranche durch das Nordische Modell. Studien, Evaluationen und Community Reports zeigen vielmehr, dass Verbote und Sondergesetze speziell Sexarbeitende aus ohnehin marginalisierten Gruppen in die Illegalität drängen. BesD-Vorstandsmitglied und Berliner Sexarbeiterin Johanna Weber sagt: *„Die Rhetorik von Prostitutionsgegner*innen gaukelt einfache Lösungen für hochkomplexe Probleme vor. In Wirklichkeit verschärft das nordische Modell europaweit die Stigmatisierung und Diskriminierung von Sexarbeiter*innen und macht vor allem den besonders schützenswertesten Personen in der Branche das Leben und die Arbeit schwerer.“*

Akademiker*innen, Menschenrechts-Organisationen wie Amnesty International, LGBTI+-Organisationen, Sexworker-Verbände, Organisationen zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie Kooperationen der Vereinten Nationen wie WHO und UNAIDS empfehlen seit Jahren die Stärkung der Rechte und des Schutzes von Sexarbeiter*innen. Sie dokumentieren die negativen Auswirkungen einer kriminalisierenden Rechtsprechung auf die Lebens- und Arbeitsqualität von in der Sexarbeit tätigen Menschen. Branchenspezifische Sondergesetze, wie sie in Frankreich, Schweden oder Norwegen zum Einsatz kommen, erhöhen nachweislich die Gefahr von sexueller Gewalt und Ausbeutung. Als effektivstes Instrument gegen Ausbeutung und Menschenhandel wird hingegen die Entkriminalisierung von Sexarbeit genannt.

Der BesD spricht sich für eine rechtliche Gleichstellung der Sexarbeit mit anderen Berufen und in diesem Zuge die Anwendung der bereits für andere Branchen geltenden Strafgesetze aus – Menschenhandel und (sexuelle) Ausbeutung sind in Deutschland bereits strafbar! Alternative Maßnahmen und Lösungsansätze, die zu einer Stärkung der Rechte von Sexarbeiter*innen führen, würden neben dem dringend wünschenswerten Abbau der Stigmatisierung unserer Berufsgruppe in der Gesellschaft, auch dem langfristigen Schutz vor Straftaten dienen.

Pressekontakt:

☎ Johanna Weber 0151 | 1751 9771

✉ Lilli Erdbeermund presse@besd-ev.de

⇒ www.berufsverband-sexarbeit.de